



ASIEN/PAKISTAN - Extremisten verhindern Bau einer Kirche, Wohnungen christlicher Einwohner der Hauptstadt sollen demoliert werden

Islamabad (Fides) – Christen in Pakistan sehen sich mit der Tatsache konfrontiert, dass man gegen ihr Recht auf den Bau von Kultstätten oder sogar gegen ihren Anspruch auf eine eigene Wohnung verstößt.

Wie Beobachter berichten begannen die Christen im Stadtteil “Chak 3-4-L” in Okara (Punjab) mit dem Bau einer Kirche auf einem Grundstück, das von dem Christen Akber Masih zur Verfügung gestellt wurde. Nachdem die Mauern bereits standen wurde ein Kreuz am Haupteingang der kleinen Baustelle aufgestellt. In den vergangenen Tagen bemerkten radikalislamische Gruppen das christliche Symbol und ließen daraufhin die Baustelle mit Bulldozern demolieren. Wie die Nichtregierungsorganisation “Sharing Life Ministries Pakistan” mitteilt, wurden die Verantwortlichen dieser Aktion nicht festgenommen, da sie über politische Kontakte verfügen. Als christlichen Einwohner des Viertels baten um den Schutz der Behörden baten wurde ihnen gesagt, sie sollen auf das Bauprojekt verzichten.

Unterdessen ist die christliche Glaubensgemeinschaft der Hauptstadt Islamabad besorgt über die jüngste Entwicklung im Zusammenhang mit den “Slums” der Stadt, wo in so genannten “Kolonien” auch christliche Minderheiten leben. Bei den Bewohnern dieser Kolonien handelt es sich vorwiegend um Zuwanderer aus ländlichen Gebieten, die auf der Suche nach Arbeit in die Stadt kommen. In diesen Stadtteilen sind oft die grundlegenden hygienischen Voraussetzungen, wie Wasserversorgung und Kanalisation nicht gewährleistet. Das Hohe Gericht in Islamabad wies vor kurzem die zuständigen Stellen für Entwicklung in der Hauptstadt an, diese Siedlungen zu demolieren, da sie ohne Baugenehmigung errichtet wurden. Davon sind mindestens zehn Kolonien in verschiedenen Regionen am Stadtrand betroffen. Wie ein Beamter der Stadtverwaltung mitteilt wären rund 5.000 christliche Familien betroffen, die durch diese Maßnahme obdachlos werden würden. Christliche Religionsführer fordern deshalb die Stadtverwaltung auf, alternative Wohnungen für diese Familien zur Verfügung zu stellen, die seit Jahren in der Stadt wohnen, und damit zu einer Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Minderheiten beizutragen. (PA) (Fides 11/3/2014)